

... und der Kampf geht weiter ...



Vorankündigung:

Am 4. November 2010 findet die diesjährige Jubilarehrung im Consol-Theater. Im Rahmen der Jubilarehrung gibt es eine Kabarettaufführung von „Brieden und Waschk“. Für Mitglieder ist der Eintritt frei.



Brieden und Waschk

Herausgeber: Stadtverband Gelsenkirchen der GEW

GE W 149

04.11.2010
Jubilarehrung/
Kabarett

Zeitung für Lehrerinnen und Lehrer in Gelsenkirchen und Gladbeck

August 2010



Foto: Lothar Jacksteit

... und der Kampf geht weiter ...

Auch in Gelsenkirchen gingen am 4. Mai 2010 mehr als 150 angestellte Lehrkräfte auf die Straße. Auf der Kundgebung sprach Josef Hülsdünker, ehemals Lehrer und nunmehr DGB-Regionsvorsitzender Emscher-Lippe: „Es ist nicht hinnehmbar, dass angestellte Lehrkräfte – trotz vollwertigem Hochschulabschluss – um bis zu zwei Gehaltsgruppen schlechter als andere vergleichbare Akademiker bezahlt werden. Wir alle wollen eine gute, eine bessere Schule, deshalb müssen auch die Lehrer anständig und gut bezahlt werden.“



Karl-Heinz-Mrosek

Auf ein Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Halbjahr seit Erscheinen der letzten Stadtverbandszeitung GE-W 148 stand unter dem Zeichen des **Wechsels**. Nach der Wahl von Schwarz-Gelb bei der Bundestagswahl hatte es einen gewaltigen **Wechsel** hinsichtlich der Bestätigung dieser Koalition durch den Wähler in unserer Republik gegeben. Umfrageergebnisse zeigen ein riesiges Akzeptanzdefizit auf.

Dieses Akzeptanzdefizit wurde sicherlich noch weiter erhöht durch den **Wechsel** im Amt des Bundespräsidenten

Einen **Wechsel** hat es auch in unserem Lande gegeben.

Bei den Landtagswahlen im Mai deutete sich der Wechsel an. Vollzogen wurde er erst im Juli.

Während sich Herr Rüttgers und Herr Pinkwart noch die Wunden lecken, können wir Gewerkschafter uns auf eine arbeitnehmerfreundlichere Politik einstellen und vor allen Dingen auch darauf bauen, dass die Mitbestimmungsrechte, die unter Rüttgers zusammen gestrichen wurden, zu neuem Leben kommen werden.

Ein **Wechsel** konnte verhindert werden. Und zwar der **Wechsel** unserer GEW-Geschäftsstelle von Essen nach Düsseldorf. Eineinhalb Jahre hatte eine Kommission geprüft, ob ein Umzug sinnvoll sei. Nun hat die Basis auf dem Gewerkschaftstag am 19. Juni 2010 in Duisburg entschieden „**Unsere Landesgeschäftsstelle bleibt in Essen**“. Ein wieder Beschlus, denn es ist sicherlich richtig, wenn

eine Bildungsgewerkschaft dort ansässig ist, wo Bildung Not tut und die höchste Kinderarmut in unserem Land herrscht, nämlich bei uns im Ruhrgebiet. Wir wollen nun die ganze Arbeit, die ein Umzug und ein evtl. Neubau gemacht hätten, in unsere wichtigste Aufgabe stecken. Das ist die Tarifarbeit. Der Gewerkschaftstag beschloss „zur Stärkung der gewerkschaftlichen Aktions- und Kampffähigkeit, die gewerkschaftliche Infrastruktur (...) weiter zu entwickeln.“

Dabei geht es unter anderem darum, die Solidarität der Beamtinnen und Beamten mit den Tarifbeschäftigten zu erhöhen. So sollen in der Tarifrunde 2011 Aktionen entwickelt werden, bei denen die Beamtinnen und Beamten in das Tarifgeschehen einbezogen werden. Außerdem wird der Diskussionsprozess begonnen, der die Rechtsprechung des europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zum Streikrecht für Beamte bejaht.

Wechsel hin, Wechsel her.

Es gibt viel zu tun, packen wir es an.

Karl-Heinz Mrosek



Druck: Firma Blömeke SRS GmbH
Resser Straße 59, 44653 Herne

Auflage: 3.800 Exemplare

Rede von Dr. Josef Hülsdünker am 4. Mai 2010



Dr. Josef Hülsdünker
(DGB-Regionsvorsitzender Emscher-Lippe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit Jahrzehnten – genau genommen seit 1960 – kämpfen angestellte Lehrerinnen und Lehrer um eine eigenständige tarifliche Regelung.

Es geht im Rahmen des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder um eine Eingruppierung, die gegenüber den Aufgaben, der Ausbildung und Qualifikation den Berufsbeamten gleichrangig ist.

Konkret bedeutet das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass bundesweit für 200.000 Lehrerinnen und Lehrer endlich eine angemessene Tarifierung ihrer Gehälter durchgesetzt werden muss. Noch konkreter: Alle angestellten Lehrerinnen und Lehrer mit abgeschlossenem Hochschulstudium müssen mindestens in die Entgeltgruppe 13 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder eingruppiert werden.

Bislang erfolgt die Vergütung der Lehreraufgabe auf der Grundlage von Arbeitgeberrichtlinien, ohne dass die Gewerkschaften bei der Eingruppierung beteiligt wurden. Das muss sich jetzt ändern.

Im Rahmen des so genannten Bologna-Prozesses hat sich das Eingruppierungsprofil für Lehreraufgabe europaweit und auch in Deutschland deutlich verändert.

So fordert das neue Lehreraufbildungsgesetz in Nordrhein-Westfalen – unabhängig von der Schulform – eine Hochschulausbildung die mit dem

Master – früher dem ersten Staatsexamen – abgeschlossen wird.

Hierfür haben sich alle Länder in der Kultusministerkonferenz entschieden.

Das heißt, ähnlich wie in anderen EU-Ländern, gibt es keine schulformbezogenen Lehreraufbildungen bzw. Qualifikationen mehr.

Der neue geltende Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder sieht in seiner Systematik vor, dass ab der Entgeltgruppe 13 diejenigen einzugruppiert sind, die einen Hochschulabschluss aufweisen und diesen auch für ihre Tätigkeit benötigen.

Das ist für den Lehrerberuf der Master oder früher das erste Staatsexamen.

In der Systematik des TV-L müssen aber alle Lehrkräfte mit einem Master auch mindestens in die Entgeltgruppe 13 eingruppiert werden.

Das aber – liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen die Arbeitgeber nicht! Sie wollen an der unterschiedlichen Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern nach Schulformen festhalten. Ihrer Meinung nach ist der Masterabschluss eines Hauptschullehrers weniger wert als der eines Lehrers am Gymnasium.

Mit anderen Worten: Die Lehrertätigkeit an einer Hauptschule ist weniger wert, als die Tätigkeit an einer anderen, weiterführenden Schule. Diese Auffassung der Arbeitgeber entspricht weder den Vorgaben des Bologna-Prozesses, noch den Ausbildungsgesetzen der Länder.

Vor allen Dingen entsprechen sie aber nicht der gewerkschaftlichen Grundauffassung, dass gleichartige Arbeit auch gleichwertig bezahlt werden muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GEW verlangt aber nicht nur EG 13 für den Hochschulabschluss, unabhängig von der Schulform. Die GEW verlangt für Lehrkräfte die Entgeltgruppe 14, die eine weitere Ausbildung und Prüfung absolvieren müssen, um die Voraussetzung für den Lehrerberuf zu erhalten.

Im Klartext: Das erste Staatsexamen reicht nicht aus, es folgt das Referendariat mit der zweiten Staatsprüfung. Damit haben wir es mit einer zusätzlichen Qualifikation zu tun, die sich gegenüber der reinen Hochschulqualifikation abhebt. Ausgebildete Lehrkräfte mit Referendariat gehören also in die Entgeltgruppe 14.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dieser Grundforderung begannen im September 2009 die Verhandlungen der Gewerkschaft mit den öffentlichen Arbeitgebern.

Jetzt haben wir die fünfte Verhandlungsrunde – und wieder keine Ergebnisse. Aber die angestellten Lehrerinnen und Lehrer – ihr also – lasst in dieser Entgeltfrage nicht locker und deshalb protestieren wir heute hier an dieser Stelle.

Streik! Es ist die ultimative Form von Arbeitnehmern ihre Arbeitgeber zu Verhandlungsergebnissen zu zwingen.

Ihr – liebe Kolleginnen und Kollegen, seid heute Teil der bundesweiten Druckkulisse, um die Arbeitgeber zu einem Tarifangebot zu zwingen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hartmut Möllering, der Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber ist im Zusammenspiel mit Helmut Linssen, dem Finanzminister NRW ein hartleibiger Gegenspieler von Arbeitnehmerinteressen.

Möllering und Linssen haben vor einigen Jahren einen mehrmonatigen Arbeitskampf mit Streik an den Universitätskliniken verursacht, weil sie 25.000 Beschäftigten allein in Nordrhein-Westfalen eine ordentliche Eingruppierung in den neuen Tarifvertrag verhindern wollten.

Möllering und Linssen sind auch jetzt wieder am Ball, und auch diesmal machen sie den angestellten Lehrkräften kein ordentliches Tarifangebot. Sie spielen auf Zeit und hoffen, dass die Gewerkschaftsforderungen mangels Unterstützung nicht erfüllt zu werden brauchen.

Ihr – Liebe Kolleginnen und Kollegen, seid aber heute hier, um diesen konservativen Verhandlungsführern das Gegenteil zu beweisen.

Warum machen wir diesen Warnstreik? Seit den 70er Jahren werden Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis schlechter eingestuft als andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst mit annähernd gleichen Hochschulabschlüssen und Qualifikationen. Jetzt wird alles auf Masterabschlüsse umgestellt, aber die Schlechterstellung von Lehrkräften soll erhalten bleiben. Das Thema Bildung wird offenbar nur in Wahlkämpfen bedient, nicht aber wenn es um eine gerechte und angemessene Bezahlung von Lehrarbeit geht.

In den Ostdeutschen Bundesländern, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man sehen, wie Lehrarbeit wirklich „geschätzt“ wird. Dort ist der über-

wiegende Teil der Lehrer in einer Vergütungsgruppe, die noch mal eine ganze Stufe unter der in Westdeutschland liegt.

Die Arbeitgeber wollen auch zukünftig alleine über die Höhe der Lehrergehälter entscheiden. Über gleiches Geld für gleiche Arbeit an den Schulen des Landes wollen die Arbeitgeber nicht reden.

Über eine Gleichstellung angestellter Lehrer mit anderen hoch qualifizierten Berufsgruppen im öffentlichen Dienst wollen die Arbeitgeber ebenfalls nicht reden.

Was ist das Ziel der Arbeitgeber? Sie wollen keine tarifliche Festlegung, weil sie angesichts des bestehenden und sich verschärfenden Lehrermangels sich offen halten wollen, mit Zulagen und Lockangeboten fehlende Lehrkräfte erfolgreich anzuwerben bzw. abzuwerben. In ihrem Hinterkopf haben sie Folgendes: Wenn die Zulagenköder und Lockangebote nicht mehr gebraucht werden, dann wollen sie ohne große Hindernisse die Lehrbezahlung wieder verschlechtern können.

Deshalb halten die Möllering und Linssen an der derzeitigen Regelung fest, Lehrergehälter frei nach Kassenlage rauf oder runter zu regulieren.

Das – liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir nicht!

Wir sind hier, damit es tarifvertragliche Regelungen gibt, die den Wert der Lehrarbeit in Euro und Cent wieder spiegelt. Auf einem Niveau mindestens der Entgeltgruppe 13 und mit Referendarausbildung in der Entgeltgruppe 14 des TDL.



Foto: L. Jackstett

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fasse zusammen:

1. Die GEW wird die Benachteiligung der Lehrerinnen und Lehrer gegenüber an-

deren Akademikern im öffentlichen Dienst der Länder nicht länger hinnehmen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass angestellte Lehrkräfte – trotz vollwertigem Hochschulabschluss – um bis zu zwei Gehaltsgruppen schlechter als andere vergleichbare Akademiker bezahlt werden.

2. Angestellte Lehrer an Grund- und Hauptschulen, sowie an Realschulen und Gesamtschulen gehören nicht in die Entgeltgruppe 11, sondern in die Entgeltgruppe 13.

Der Gehaltsunterschied von rund 400 Euro brutto im Monat muss beseitigt werden im Rahmen einer neuen tariflichen Eingruppierungsregel.

Die zusätzliche zweijährige Referendariatszeit mit Staatsexamen muss zusätzlich bei der Eingruppierung zur Höherstufung führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir alle wollen eine gute, eine bessere Schule, deshalb müssen auch die Lehrer anständig und gut bezahlt werden.

Ohne gut bezahlte und motivierte Fachleute ist gute Schule nicht zu haben. Möllering, CDU-Finanzminister in Niedersachsen, hat von der GEW bereits 80.000 Unterschriften für dieses Forderungspaket erhalten.

In dieser Woche legen wir mit unseren Streikaktionen in fast allen Bundesländern nach.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch hier in Gelsenkirchen ist es heute wie immer in Tarifauseinandersetzungen:

Tarifverträge werden selten am Verhandlungstisch, oft aber durch Warnstreiks und Streiks erkämpft. Deshalb ist es gut und auch notwendig, dass ihr heute hier seid.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um einen Tarifvertrag mit verbesserten Eingruppierungsregelungen für rund 200.000 angestellte Lehrkräfte. Allerdings müssen wir diese angestellten Lehrkräfte noch stärker mobilisieren.

Der Streik an den Universitätskliniken hat gezeigt, dass die Arbeitgeber mit Hartnäckigkeit, intelligenten Streikaktionen und Unnachgiebigkeit der Beschäftigten zu Ergebnissen gezwungen werden können.

Aussitzen und abwarten bringt kein Tarifergebnis! Das gilt auch hier! Diskutiert mit Kolleginnen und Kollegen darüber und sagt ihnen wo ihr Platz ist. Nämlich hier an der Streikfront!

Den Erfolg müsst ihr erkämpfen, zusammen mit der GEW.

Aber ich versichere euch, auch die Solidarität der übrigen DGB-Gewerkschaften gehört euch.

Glück auf!

Dr. Josef Hülsdünker
DGB-Region Emscher-Lippe
Vorsitzender

Grußwort der verbeamteten Lehrerinnen der Grundschule Brüser Berg aus Bonn zum 4. Mai an die streikenden Kolleginnen und Kollegen in NRW:

Liebe streikende Kolleginnen und Kollegen,

auch wir finden es unglaublich, dass unsere angestellten Kolleginnen und Kollegen finanziell so viel schlechter dastehen als wir. Die Arbeitsanforderungen des Schulalltags sind enorm und machen keinerlei Unterschiede zwischen Angestellten und Beamten.

Da das Streikrecht für Beamte immer noch Zukunftsmusik ist, können wir euch leider nur aus der Ferne unterstützen:

- So wollen wir heute auf der einen Seite die Gelegenheit nutzen, euch unseren Dank für eure absolut gleichwertige Arbeit auszu-drücken.
- Auf der anderen Seite wollen wir euch mitteilen, dass wir bezüglich eures Streiks voll hinter euch stehen.
- Wir wollen auch daran erinnern, dass der Arbeitskampf unserer angestellten Kolleginnen und Kollegen oft indirekt auch positiv auf unsere Situation als Beamtinnen und Beamten ausgestrahlt hat.

Wir wünschen euch Erfolg für die Tarifverhandlungen, da ihr ihn im wahrsten Sinne des Wortes verdient.

Mit solidarischen Grüßen aus dem Bonner Westen, das verbeamtete Kollegium der GGS Brüser Berg

Ursula Baumann, Andrea Braig, Birgitt Deckert, Julia Dirscherl, Kati Hänel, Gerlinde Hermsdorf, Anne Hornef, Dagmar Kelbi, Frauke Rudolphi, Monika Schindele, Helga Wohlfahrt

Krake Bertelsmann

Sie erinnern sich. Ende April 2009 fand in Nürnberg der Gewerkschaftstag der GEW statt. Auf diesem Gewerkschaftstag wurde sehr intensiv über die Rolle von Bertelsmann in unserer Medien- und Bildungsgesellschaft diskutiert.

Die GEW ging beschlussmäßig auf Abstand. Wir in Gelsenkirchen haben dies damals zum Anlass genommen, in unserer Zeitung, GE-W 147, uns eingehend mit der Bertelsmannstiftung auseinanderzusetzen. Es hat sehr viele Zuschriften gegeben – nicht nur aus Gelsenkirchen und nicht nur aus Nordrhein-Westfalen. Jüngst erreichte mich ein Hinweis eines Kollegen aus Niedersachsen, der sich noch einmal für das Gelsenkirchener Engagement bedankte und uns auf einen aktuellen Text in dem Blog „nachdenkseiten“ hinwies. Ich möchte den Text an dieser Stelle dokumentieren und möchte ihn auch nicht kürzen. Darum bitte ich Sie die kleine Schrifttype in Kauf zu nehmen. Ich wüsste nicht, was man streichen sollte.

NachDenkseiten – die kritische Website

Der stärkste Motor beim Zerstörungswerk – die Bertelsmann Stiftung

Die Bertelsmann AG ist der größte Oligopolist der veröffentlichten Meinung in Deutschland. Die Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosender und nicht zuletzt die Verlage des Konzerns beeinflussen nicht nur die Meinungsbildung, sondern auch die gesamte Stimmungslage und die Befindlichkeiten in Deutschland.

Schon diese Medienmacht alleine stellt eine Bedrohung für die Meinungsvielfalt in Deutschland dar. Bertelsmann übt aber darüber hinaus eine politische Gestaltungsmacht aus, die weit über den Einfluss von Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, ja sogar von Parteien hinausgeht – und das geschieht durch die Bertelsmann Stiftung.

Der Firmenpatriarch Reinhard Mohn hat die Stiftung 1977 gegründet und ihr zwischen 76,9 Prozent der Anteile an der Bertelsmann AG übertragen. Sie ist die reichste Stiftung in Deutschland.

Seit ihrer Gründung hat sie bisher rund 666 Millionen Euro in über 700 Projekte investiert und insgesamt rund 728 Millionen Euro für „gemeinnützige Arbeit“ zur Verfügung gestellt. Im Geschäftsjahr 2007 hat sie aus Erträgen der Bertelsmann AG 72 Millionen Euro erhalten, aufgrund von Kooperationen und Erträgen aus der Vermögensverwaltung verfügte die Bertelsmann Stiftung über ein Volumen von knapp 84 Millionen Euro. Allein für die Bildungsaktivitäten standen 2006 knapp elfeinhalb Millionen Euro zur Verfügung. Mit über 330 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bis zu 100 Projekte betreuen, hat sie sich seit den 1990er Jahren zu einem führenden deutschen Think-tank entwickelt. Das Spezifikum der Stiftung ist, dass sie nur von ihr selbst definierte Projekte finanziert und keine extern gestellten Anträge fördert.

Während die Stiftung sonst ständig vom Wettbewerb redet, lässt sie einen Wettbewerb um ihre Fördermittel nicht zu. Um Synergien zu erzielen, arbeitet die Bertelsmann Stiftung unter anderem mit der Heinz Nixdorf Stiftung, der Körber-Stiftung, der Volkswagen Stiftung, der Hertie-Stiftung, der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung zusammen.

„Eigentum verpflichtet“ nennt Reinhard Mohn als Motiv für die Gründung seiner Stiftung. Doch so ganz altruistisch motiviert dürfte die Übertragung von über dreiviertel der Kapitalanteile an der Bertelsmann AG an eine Stiftung nicht gewesen sein. Man liegt gewiss nicht falsch mit der Vermutung, dass Reinhard Mohn dadurch, dass er dieses Kapital „gestiftet“ hat, hohe Summen an Erbschafts- und/oder Schenkungssteuer „gespart“ hat. Zudem sind die jährlichen Dividendenzahlungen des Konzerns an die „gemeinnützige“ Bertelsmann Stiftung steuerbegünstigt, und die Vermutung dürfte nicht unbegründet sein, dass ein Gutteil des Etats der Stiftung über Steuererminderungen finanziert wird. Der Fiskus fördert also die Aktivitäten der Stiftung mit. Dabei ist es keineswegs so, dass die Ziele des Konzerns von den Zielen der gemeinnützigen Stiftung unabhängig sind. Nach eigenem Bekenntnis will Reinhard Mohn, dass seine Stiftung „nicht nur ein bedeutender Reformmotor für die Gesellschaft, sondern auch ein Garant der Unternehmenskontinuität des Hauses Bertelsmann“ sein soll.

Der Göttinger Soziologe Frank Adloff kritisiert wohl nicht ganz zu Unrecht, dass für solche Zwecke, für die die Stiftung steht, „die Steuerbefreiung für gemeinnützige Stiftungen nicht gedacht“ sei. Denn die Bertelsmann Stiftung ist – entgegen dem Anschein, den sie zu erwecken versucht – eben keine neutrale Einrichtung zu uneigennütigen Zwecken. Man kann Reinhard Mohn nicht einmal vorwerfen, dass er mit seiner „Mission“ hinter dem Berg hält. Jeder kann die Botschaften im Internet etwa auf der Website der Bertelsmann Stiftung oder in Mohns Buch „Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers“ nachlesen. Der Bertelsmann-Firmenpatriarch legte auch in zahlreichen Schriften seine Weltanschauung ausgiebig dar. Im Hinblick auf diese Mission ist die Stiftung – wie Harald Schumann im „Tagesspiegel“ schrieb – eine „Macht ohne Mandat“.

Wenn man Vertretern der Bertelsmann Stiftung diesen Vorhalt macht, ermet man regelmäßig die treuherzig bescheidene Antwort: „Wir machen doch nur Vorschläge, entscheiden tut die Politik.“

Unter dem Pathos der „Gemeinwohlverpflichtung“ oder der Losung „Wir helfen der Politik, dem Staat und der Gesellschaft, Lösungen für die Zukunft zu finden“ (R. Mohn) gibt es kaum ein politisches Feld von Bedeutung, wo die Stiftung mit ihren Handreichungen nicht ihre Lösungsangebote macht.

Die Bertelsmann AG ist der größte europäische Medienkonzern, und mit einem Umsatz von 16,1 Milliarden Euro und weit über 100.000 Beschäftigten in mehr als 60 Ländern ist Bertelsmann das fünfgrößte Medienunternehmen weltweit. Bertelsmann ist zwar nicht das nach Umsatz größte Unternehmen in Deutschland, aber durch seine Medienmacht gepaart mit der Mission der Bertelsmann Stiftung das gesellschaftlich und politisch wirkungsmächtigste.

Die Erfolgsgeschichte des Familienunternehmens begann mit Büchern und später Schallplatten, man baute Leseringe auf, kaufte in den letzten Jahrzehnten Großdruckereien und Verlage und stieg ins Funk-, Fernseh-, Film- und Musikgeschäft ein. Radiostationen, Filmproduktion, Rechtehandel, Medien- und Kommunikationsdienstleistungen sowie Immobilien-, Finanzfirmen und – zunehmend bedeutsam – auch private Bildungsinstitute wie etwa das „Hamburger Institut für Lernsysteme“ (ILS) gehören heute zum Bertelsmann-Konzern. Hier ein Überblick über den Konzern:

- Random House ist laut Geschäftsbericht der Bertelsmann AG 2008 die weltweit führende Publikumsverlagsgruppe der Welt. Das Portfolio umfasst mehr als 120 Einzelverlage, die jährlich rund 11 000 Neuerscheinungen veröffentlichen. Random House verkauft jährlich mehr als 500 Millionen Bücher. Die Gruppe gehört zu 100 Prozent zu Bertelsmann. Zu ihr gehören in Deutschland neben den unter dem Namen Bertelsmann erscheinenden Verlagen etwa die Deutsche Verlags-Anstalt, der Heyne Verlag, Kösel, der Luchterhand Literaturverlag, Goldmann, Siedler und viele andere.
- Die RTL Group ist Europas führender Unterhaltungskonzern mit Beteiligungen an 45 Fernsehsendern und 32 Radiostationen in elf Ländern sowie an Produktionsgesellschaften weltweit. Die RTL Group ist das führende europäische Entertainment-Netzwerk. Das TV-Portfolio des größten europäischen TV-Senders umfasst Fernsehkanäle in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Kroatien, Ungarn, Griechenland, Russland und Spanien. Das Flaggschiff der RTL Group im Radiobereich ist RTL in Frankreich, insgesamt gehören der RTL Group 32 Stationen in Europa komplett oder anteilig. Der weltweit arbeitende Produktionsbereich Fremantle Media ist einer der größten internationalen Produzenten außerhalb der USA. Nach firmeneigenem Bekunden schalten mehr als 200 Millionen Zuschauer in ganz Europa täglich die Fernsehsender der RTL Group ein: RTL Television, Super RTL, VOX oder N-TV in Deutschland, M6 in Frankreich, Five in Großbritannien, Antena 3 in Spanien, RTL 4 in den Niederlanden, RTL TVI in Belgien und RTL Klub in Ungarn – um nur wenige zu nennen. Auch die öffentlichrechtlichen Sender sind mit Bertelsmann verbandelt. So ist zum Beispiel der ehemalige stellvertretende Chefredakteur des ZDF und früherer Leiter der Hauptredaktion Aktuelles und heutige Leiter des Washingtoner ZDF-Studios, Klaus-Peter Sieglöck, im Kuratorium der Bertelsmann Stiftung. Auch der frühere ZDF-Intendant Dieter Stolte, der 1999 eine kritische Reportage über die Rolle Bertelsmanns im Dritten Reich verhinderte, gehörte noch während seiner Amtszeit dem Kuratorium an. Der Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, Peter Frey, ist „Fellow“ des von Bertelsmann getragenen „Centrums für angewandte Politikforschung“ (CAP).
- Der Bertelsmann AG gehören 74,9 Prozent des größten europäischen Magazinhauses Gruner + Jahr mit über 14 400 Mitarbeiter erreichen mit mehr als 500 Magazinen und digitalen Angeboten Leser und User in 30 Ländern. Zudem hält G+J zusammen mit der Bertelsmann-Tochter Arvato je eine 37,45 Prozent-Beteiligung an Europas größtem Tiefdruck-Konzern Prinovis und besitzt mit Brown Printing eines der größten Offsetdruck-Unternehmen in den USA. Gruner + Jahr hat mit 25,25 Prozent eine Sperrminorität im „Spiegel“ Verlag. Das Bertelsmann Zeitschriften-Imperium beherrscht die Kioske: „Stern“, „GEO“, „Capital“, „Brigitte“, „Gala“, „manager-magazin“, „Financial Times Deutschland“, „Essen-und-trinken“ sind nur einige der Titel.
- Die Direct Group Bertelsmann ist mit ihren Medienclubs, Buchhandlungen, Internetaktivitäten, Verlagen und Distributionsfirmen in 15 Ländern tätig und verfügt über mehr als 700 Club-Shops und Buchhandlungen. Zu den Medienclubs zählen bekannte Marken wie Der Club in Deutschland, France Loisirs in Frankreich und der Círculode Lectores in Spanien.

Die Direct Group ist mit Chapitre.com (Frankreich) und Bertrand (Portugal) zweitgrößter bzw. größter Buchhändler der jeweiligen Märkte. 15 Millionen Menschen in 21 Ländern sind Mitglieder in den Clubs der Direct Group.

- Eine 100-prozentige Tochter der Bertelsmann AG ist die Arvato AG, die mit 60.000 Mitarbeitern weltweit zu den größten Medien- und Kommunikationsdienstleistern gehört. Das Geschäft umfasst Druckereien, Call- und Service-Center sowie Logistikdienstleistungen und die Herstellung optischer Speichermedien. Arvato bietet Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen integrierte und maßgeschneiderte Lösungen rund um die Kernkompetenzen Datenmanagement, Druck, IT, Customer Relationship Management, Replikation von Speichermedien und Supply Chain Management und Direktvertrieb von Wissensmedien. Arvato betreut in aller Welt mehr als 150 Millionen Endkunden in über 20 Sprachen. Arvato-Mitarbeiter managen die Lagerung und Distribution von mehr als 650 Millionen Packstücken, entwickeln, integrieren, betreuen und betreiben Anwendungen und IT-Systeme. Arvato ist die größte Druckereigruppe Europas und der zweitgrößte Speichermedienhersteller der Welt. Arvato Services stärkte seine Marktposition in Europa unter anderem durch die Übernahme von Servicecenter-Standorten der Deutschen Telekom sowie des französischen Mobilfunkunternehmens SFR. Unter dem Stichwort „Moderner Staat“ bietet Arvato sämtliche Servicemodule für das Management von Kunden- bzw. Bürgerbeziehungen zur öffentlichen Hand aus einer Hand an. Arvato managt etwa in Großbritannien schon ganze Kommunen, erhebt Gebühren und zieht Steuern ein. Mit dem Projekt „Würzburg integriert!“ fiel 2007 der Startschuss für die Zusammenarbeit von Arvato und öffentlicher Verwaltung in Deutschland. Mit diesem Pilotprojekt sollen die Servicequalität verbessert und Verwaltungsabläufe beschleunigt werden.

Die Tätigkeit von Konzern und Stiftung

Das Spektrum der Projekte reicht vom Kindergarten über die Schule bis zur Hochschule und weiter bis ins Arbeitsrecht. Bertelsmann macht Vorschläge zur Bewältigung des demographischen Wandels, zur Integration von Migranten, zur Altersvorsorge, zur Reform des Föderalismus, zur Familienpolitik, zur Gesundheitspolitik, zur Politik in Europa, zur transatlantischen Kooperation und zur globalen Durchsetzung der von Mohn für richtig befundenen Prinzipien. Bertelsmann bietet seine Dienstleistungen zum „modernen Regieren“ an und sieht in der öffentlichen Verwaltung gleichzeitig ein gewinnträchtiges Geschäftsfeld für die Konzerntochter Arvato. Bertelsmann will „Motor“ für Reformen auf allen diesen Feldern sein. Überall bietet die Stiftung ihre „Lösungen für die Zukunft“ an. Vom Bundespräsidenten über die Bundeskanzler und die Bundes- und vor allem Landesministerien bis hin zur Kommunal- oder Finanzverwaltung, überall dient Bertelsmann seine Vorschläge an. Die Lösungskonzepte werden auf allen Ebenen, von zahllosen öffentlichen oder halböffentlichen Institutionen, von Regierungen und Parlamenten und von fast allen Parteien von der FDP, über die CDU oder die SPD bis zu den Grünen im Sinne des herrschenden Modernisierungsdenkens begierig aufgegriffen.

Bertelsmann liefert zahllose Angebote vor allem für die Schulen:

Angefangen vom Projekt „Bildungswege in der Informations-

gesellschaft (BIG 2006)“, über Gesundheitserziehung, die Initiative „Notebooks im Schulranzen“, die Förderung der Musikkultur bei Kindern, das Projekt „Wirtschaft in der Schule“, die „Toolbox Bildung“ bis zu den Projekten „Eigenverantwortliche Schule und Qualitätsvergleich in Bildungsregionen“. Unter dem Titel „SEIS macht Schule“ entwickelte die Bertelsmann Stiftung den Schulen ein Selbstevaluations- und Steuerungsinstrument, das den „Entwicklungsprozess einer Schule zielgerichtet, effizient, systematisch und nachhaltig“ voranbringen soll. Ein Netz von weit über 1.000 Schulen in 16 Bundesländern ist schon aufgebaut.

Das Projekt soll künftig ohne Unterstützung der Stiftung fortgeführt werden.

Bertelsmann bietet neue Steuerungsmodelle etwa für öffentliche Bibliotheken, den „Bibliothekindex“, die „Bibliothek 2007“, und last but not least baut die Stiftung eine Deutsche Internetbibliothek auf. Bertelsmann legt Studien zum demographischen Wandel vor. Das Ergebnis ist immer das gleiche, die sozialen Sicherungssysteme bluten angesichts der Überalterung aus, private Vorsorge ist die Rettung. Die Stiftung führte etwa am 20. November 2006 in Berlin zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds IWF hochrangig besetzte Symposien über die Situation der öffentlichen Finanzen durch. Ergebnis: Wir brauchen eine Neuverschuldung von null, etwas anderes kann sich niemand mehr leisten. Die Bertelsmann Stiftung verfolgt die Idee eines Niedriglohnssektors, sie war an der Ausgestaltung des früheren Bündnisses für Arbeit, der Agenda 2010 und von Hartz IV (wenn auch nur indirekt, aber doch prägend) beteiligt.

Die Bertelsmann Stiftung hat es vermocht, ein enges personelles und organisatorisches Netz zu einflussreichen Personen aus Kultur, Wissenschaft und Politik bis zu den Bundespräsidenten, vor allem zu Roman Herzog und Horst Köhler, zu knüpfen. Bei Bertelsmann absolvierten Schröder, Fischer, Merkel pünktlich ihre Antrittsbesuche.

Und es ist ja nicht unter der Decke geblieben, dass die beiden Grandes Dames des deutschen Medienwesens, Liz Mohn und Friede Springer, in freundschaftlicher Verbundenheit zu Angela Merkel stehen. Von der Stiftung stammt die Idee eines europäischen Außenministers, und sie nimmt sich auch der europäischen Militärpolitik im Sinne der Verteidigung europäischer „Interessen“ an. Bertelsmann lädt zusammen mit dem österreichischen Bundeskanzler zum Salzburger Dialog. Bertelsmann organisierte die 30-Millionen-Kampagne „Du bist Deutschland“ mit.

Sicher, Bertelsmann stand nicht allein, da waren die Arbeitgeberverbände, da war die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, da war der Bürger Konvent und wie die zahllos gewordenen, vom großen Geld finanzierten PR-Agenturen auch alle heißen mögen.

Aber keine dieser Institutionen war so wirkmächtig wie die Bertelsmann Stiftung.

Methoden der „Überzeugungsarbeit“

Die Methoden, die Bertelsmann und das CHE für ihre „Überzeugungsarbeit“ einsetzen, sind im Großen und Ganzen immer dieselben:

Gutachten, Konferenzen, Umfragen und besonders beliebt sind Rankings und Benchmarks. So veranstaltet die Stiftung seit Jahren ein Standort-Ranking, und regelmäßig landet Deutschland auf dem letzten Platz. Und regelmäßig ist die Schlussfolgerung, Deutschland braucht weniger Staat, eine Senkung der Staatsquote, einen Umbau des Sozialstaats, niedrigere Löhne und vor allem niedrigere Lohnnebenkosten, Deregulierung und vor allem weniger Kündigungsschutz.

Mit dem wesentlich von der Stiftung getragenen „Centrum für angewandte Politikforschung“ (CAP) mit seinem Direktor und ehemaligen Stiftungs-Vorstandsmitglied Werner Weidenfeld

verschaffte sich Bertelsmann weiteres internationales Renommee.

Nahezu alle Aktivitäten stehen im Dienste des Bertelsmannschen Verständnisses von der Förderung des „Gemeinwohls“, und das heißt konkret zur Förderung des „gesellschaftlichen Wandels“ und von „Reformen“ in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Dies alles gemäß der Bertelsmannschen „Überzeugung, dass Wettbewerb“ und „die Prinzipien unternehmerischen Handelns zum Aufbau einer zukunftsfähigen Gesellschaft“ die wichtigsten Merkmale sind. Indem „die Grundsätze unternehmerischer, leistungsgerechter Gestaltung in allen Lebensbereichen zur Anwendung gebracht werden“, soll das Regieren besser werden, und das wiederum alles stets nach dem Prinzip „so wenig Staat wie möglich“.

Privatisierung der Politik

Manche Stimmen halten die Kritik am Einfluss von Bertelsmann für überzogen oder tun sie gar als Verschwörungstheorie ab. Etwa weil sie einwenden, die Bertelsmann Stiftung habe doch nichts mit der Unternehmenspolitik Bertelsmann AG und schon gar nichts mit den von diesem Konzern beherrschten oder beeinflussten Medien zu tun.

Natürlich ist es nach wie vor richtig, dass Bertelsmann die Gesetze nicht selber verabschiedet, sondern dass diese von der Exekutive vorgelegt und vom Parlament verabschiedet werden.

Aber über die Meinungsmacht und über die personellen Netze wird der „Reformmotor“ Bertelsmann zur eigenständigen politischen Antriebskraft, der auch außerhalb der Parlamente eine Art Eliten-Konsens schafft – und dabei nebenbei auch noch ein positives Image für den Konzern erzielt.

Es ist das Recht eines jeden Unternehmers, der meint, etwas zur Verbesserung der Gesellschaft beitragen zu können, eine Stiftung zu gründen und Themen bearbeiten zu lassen. Dass sich dabei Gleichgesinnte treffen, wird jeweils unvermeidlich sein. Es ist auch das gute Recht einer jeden Regierung, denjenigen mit einer Politikberatung zu beauftragen, der ihr politisch sympathisch ist. Doch wer öffentliche Aufgaben erfüllt, Gesetze verändern will, die in Gestaltungsrechte und Lebenschancen von Millionen Bürgern eingreift, der muss sich der öffentlichen Auseinandersetzung stellen. Die Mitwirkenden müssen ihre gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Ziele offen legen, die Öffentlichkeit muss den Prozess nachvollziehen und erkennen können, wer welchen Einfluss ausübt und welche Konsequenzen das Vorgehen hat. Das geradezu Paradoxe am Verhalten der Bertelsmann Stiftung ist, dass sie zwar überall nach Wettbewerb ruft, diesen Wettbewerb aber bei sich selbst konsequent verhindert.

Nicht nur indem sie lediglich ihre von ihr selbst initiierten Projekte fördert und keine Projektanträge von außerhalb zulässt, also wissenschaftlichen Pluralismus satzungsmäßig ausschließt, sondern indem sie darüber hinaus sich vor keinem Parlament und keinem Rechnungshof, ja nicht einmal vor einem Aufsichtsrat, der wenigstens unterschiedliche Interessen von Kapitalanlegern vertreten könnte, für den Einsatz ihrer Gelder und die damit verfolgten Ziele rechtfertigen muss.

Die Netzwerkarbeit und Projektentwicklung der Bertelsmann Stiftung ist so angelegt, dass sich die Akteure gar nicht mehr mit Gegenmeinungen und Kritik auseinandersetzen, dass sie Kritik in einer Haltung der Selbstgewissheit an sich abprallen lassen und so auftreten, als hätten sie die Richtigkeit und Wahrheit ihrer Konzepte von vornherein und zweifelsfrei erkannt. Das Spektrum der öffentlichen Meinung und der Politik wurde so nicht etwa erweitert, sondern im Gegenteil verengt und in einer Weise kanalisiert, wie es offen ausgewiesene Interessengruppen – wie z. B. Industrieverbände oder PR-Orga-

Zu Beginn der Verhandlungen am 27. Mai 2010 erklärten die Arbeitgeber,

- dass die Streiks als unfreundlicher Akt empfunden worden seien und
- dass keine erfolgreichen Verhandlungen möglich seien, weil die GEW ja offenbar auf ihren Forderungen beharre.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) habe den Aufruf der Gewerkschaften zu Warnstreiks und Protestaktionen der Lehrkräfte mit „Unverständnis“ zur Kenntnis nehmen müssen. Die Gewerkschaften hätten dennoch an ihrer Maximalforderung festgehalten und diese in der heutigen Verhandlungsrunde aufrechterhalten. Die TdL könne deshalb derzeit keine Bereitschaft der Gewerkschaften erkennen, die Tarifverhandlungen für die Eingruppierung der Lehrkräfte auf eine realistische und verhandlungsfähige Basis zu stellen, so die Erklärung der TdL.

Deshalb drohten sie unverhohlen mit dem Abbruch der Verhandlungen.

Die GEW hat in den Verhandlungen erklärt, dass sie sehr wohl an Ergebnissen interessiert sei und dass Arbeitskampfmaßnahmen während laufender Verhandlungen nicht nur rechtlich zulässig, sondern auch legitim seien, um den gewerkschaftlichen Zielen Nachdruck zu verleihen.

Die Verhandlungskommission hat noch am Donnerstagabend in einer langen Sitzung die Position der Arbeitgeber bewertet. Sie ist zu dem Schluss gekommen, dass ein Tarifvertrag zur Eingruppierung der Lehrkräfte unbedingt spätestens im Rahmen der allgemeinen Entgeltverhandlungen 2011 erreicht werden soll. Sie hat den Arbeitgebern signalisiert, dass die GEW die in den Eckpunkten formulierten Ziele weiter verfolgt. Sie stellt aber fest, dass dieses Ziel nach dem bisherigen Verhandlungsverlauf offensichtlich in einem Schritt nicht erreichbar ist. In einem jetzt abzuschließenden Tarifvertrag strebt die GEW aber erste erkennbare Schritte in diese Richtung an.

Die GEW-Gremien werden ab Juni diese Strategie und die Verhandlungsinhalte beraten. Die Verhandlungen sollen im Oktober fortgesetzt werden. Bis dahin soll auf der Arbeitsebene über Struktur und Eingruppierungssystematik gesprochen werden. Die Verhandlungskommission geht davon aus, dass in diesen Verhandlungen Fortschritte erzielt werden können.

Tarifinfo Nr. 9 - 28.05.2010

nisationen, wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – kaum zu erreichen vermögen.

Unter dem Zwang der leeren öffentlichen Kassen und unter dem beschönigenden Etikett eines „zivilgesellschaftlichen Engagements“ greift der Staat die „gemeinnützigen“ Dienstleistungen privater Think-Tanks nur allzu gerne auf. Noch mehr, er zieht sich aus seiner Verantwortung immer mehr zurück und überlässt wichtige gesellschaftliche Bereiche den Selbsthilfekräften bürgerschaftlichen Engagements. Demokratisch legitimierte Macht im Staate wird so mehr und mehr durch Wirtschaftsmacht zurückgedrängt, ja sogar teilweise schon ersetzt. Aus privaten Netzen und Souffleuren der Macht werden tatsächliche Machthaber.

So hat sich inzwischen eine private institutionelle Macht des Reichtums herausgebildet, die streng hierarchisch organisiert ihren Einfluss über das gesamte politische System ausdehnt und die Machtverteilung zwischen Parteien, Parlamenten und Exekutive unterwandert und gleichzeitig die öffentliche Meinung prägt.

Diese Art von „Zivilgesellschaft“ befördert nicht nur die zunehmende materielle Ungleichheit zwischen Arm und Reich, sondern dieser Weg schließt – anders als das im Modell des Mehrheitsprinzips in der Demokratie vorgesehen ist – vor allem die große Mehrheit der weniger wohlhabenden Bevölkerung mehr und mehr von der politischen Teilhabe und von der Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Zukunft aus.

Die Timokratie – eine Herrschaft der Besitzenden – droht die Demokratie abzulösen.

Und dieser schleichende Systemwechsel vom demokratischen Wohlfahrtsstaat zur Herrschaft des großen Geldes, wird sogar noch mit dem Pathos von „mehr Freiheit“ vorangetrieben.

Hauptadresse: <http://www.nachdenkseiten.de/>
Artikel-Adresse: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4721>



L-ego-Verhandlungen auf Messers Schneide

Die sechste Verhandlungsrunde zur Eingruppierung der Lehrkräfte im Bereich des Tarifvertrages der Länder (TV-L) gestaltete sich schwierig. Die Arbeitgeber reagierten sehr ungehalten auf die Warnstreik- und Protestmaßnahmen Anfang Mai und machten deutlich, dass diese auf ihrer Seite die Front weiter verhärtet hätten. Die GEW zeichnete den bisherigen Verhandlungsverlauf nach und betonte, dass die Gespräche nur Dank der konstruktiven Haltung der Gewerkschaften nicht völlig zum Stillstand gekommen seien.

Manfred Schurich, ehemaliger Lehrer an der Gertrud Bäumer Realschule hat aus etlichen Dokumenten Material zur Namensgeberin dieser Schule zusammengetragen, das wir wegen der Menge geschriebener Worte an dieser Stelle nach und nach in seinem Namen einstellen werden.

Old Bäumerhand – der Schrecken der Demokratie“ (Kurt Tucholsky) Oder: Wer war eigentlich diese „Gertrud Bäumer“?



Die „Gertrud-Bäumer-Realschule“ an der Rottthausener Straße 2-4 gehört sowohl vom fast hundert Jahre alten, heute denkmalgeschützten Gebäude wie auch vom Namen

der Schule her, den sie jetzt länger als ein halbes Jahrhundert trägt, zu den markanten „Institutionen“ der Stadt Gelsenkirchen. Zudem ist an einer Seitenwand des Gebäudes (zur Zeppelinallee) das alte, restaurierte Gelsenkirchener Stadtwappen angebracht, das sich vorher am abgerissenen Rathaus gegenüber befand.

Ich habe mich seit längerer Zeit mit der Frage etwas eingehender befasst, wer eigentlich diese „Gertrud Bäumer“ war, nach der in Nordrhein-Westfalen mehrere Schulen benannt sind. Zum landläufigen Bildungsgut gehört es nach meiner jahrzehntelangen Beobachtung ganz offenbar nicht, irgendetwas über diese Frau zu wissen.

Was ich alles erfahren habe, als ich mich mit dem Wirken dieser Frau, ihren Veröffentlichungen und der inzwischen recht umfangreichen wissenschaftlichen Literatur über sie befasste, hat mich – ich war fast 30 Jahre Lehrer an der Schule und hatte keine blasse Ahnung – zutiefst erschreckt.

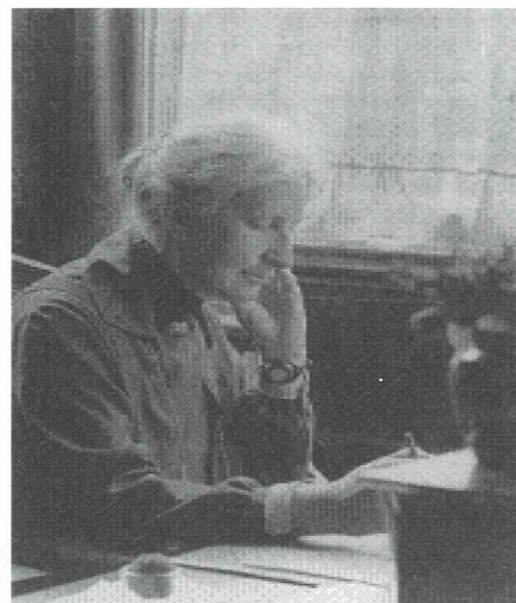
Ebenso, wenn nicht sogar noch mehr erschreckt hat mich, dass in den heute am leichtesten per Internet zugänglichen Informationsquellen zu dem Namen „Gertrud Bäumer“, also in den Homepages der nach ihr benannten Schulen oder z. B. auch im „Internet-Lexikon“ „Wikipedia“, das, was ich so erschreckend fand und finde, gar nicht vorkommt oder allenfalls nur undeutlich und unvollständig und somit die Wahrheit eher verschleiern anklingt.

Zu meiner eigenen Ahnungslosigkeit gegenüber der historischen Wahrheit über Gertrud Bäumer

stehe ich, so peinlich das im Rückblick auch ist. Es wäre mir aber sicher nie eingefallen, mein Nicht-Wissen als vermeintliches Wissen, andere damit belehrend, im Internet zur Schau zu stellen.

Damit ich einen Weg und Einstieg für das Aufschreiben meiner Erkenntnisse finde, habe ich mich entschieden, zunächst die Ausführungen über Gertrud Bäumer, die von der Gelsenkirchener nach Bäumer benannten Schule jedem Interessierten frei zugänglich sind, einer kritischen Analyse zu unterziehen.

Diese Veröffentlichungen der Schule zu Bäumer können zumindest für den Kernbereich dessen, was mich so erschreckt hat, als exemplarisch auch für andere Schul-Homepages und den Wikipedia-Artikel gelten:



Gertrud Bäumer

Es geht um die Ignorierung oder Ausblendung der Verstrickung Gertrud Bäumers in die Entstehungsgeschichte und die Durchführung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland (1933 - 45).

Daraus ergibt sich die Frage:

Ist es im Jahre 2010 noch pädagogisch und politisch verantwortbar, die Realschule an der Rottthausener Straße nach Gertrud Bäumer benannt zu lassen?

Und falls ja: WER übernimmt die Verantwortung dafür? Die, die 1958 diese Namensgebung beschlossen, können das nicht mehr.

Wir folgen den Ideen der Open-Source / Access- und Common Lizenz Bewegung. Solltest du dein Bildmaterial aus beruflichen oder persönlichen

Gründen nicht freigeben können, kennzeichne das bitte durch einen Copyright-Zusatz

Diesen Text hat der Kollege Schurich am 10. April 2010 in einem neuen Threat in die „Gelsenkirchener Geschichten“ eingestellt.

Er hat damit große Aufmerksamkeit erweckt und dann nach und nach seine Fragen mit Texte von Gertrud Bäumer beantwortet.

Es ist ihm aber auch gelungen in neueren wissenschaftlichen Arbeiten gesicherte Erkenntnisse über Frau Bäumer zu gewinnen.

Nach meiner persönlichen Meinung darf so eine Frau nicht zur Namensgeberin von Schulen gemacht werden. Und das ist leider nicht nur in Gelsenkirchen. Dort geschah es am helllichten Tage, 1958.

Hier eine Leseprobe:

„Es sei, schrieb sie (Gertrud Bäumer) 1933, für die Lage und Aufgabe der Frauenbewegung im letzten Grunde vollkommen gleichgültig, wie der Staat beschaffen ist, in dem heute die Frage der Einordnung der Frauen besteht: ob es ein parlamentarischer, ein demokratischer, ein faschistischer Staat ist. Für jeden Aufbau wird sich die Frage nach den Formen der Mitgestaltung durch die Frauen ergeben.“

(Werner Huber, „Gertrud Bäumer – Eine politische Biographie“, Dissertation masch., Augsburg 1970, S. 401; Huber zitiert Bäumer aus: „Die Frau“, Jg. 40, April 1933, S.391)

Neugierig geworden? Dann lesen Sie selbst:
<www.gelsenkirchener-geschichten.de> Suchwort Gertrud Bäumer.

Kalle Mottek

Feuilleton ☺ Feuilleton ☺ Feuilleton

Noch ein Gedicht zur Finanzkrise: Nicht von Kurt Tucholsky, aber trotzdem sehr treffend

Finanzkrise hier, Finanzkrise da. Und während Mutter Beimer Merkel gestern auch noch das deutsche Konjunkturpaket versucht hat schön zu reden ("damit ist Deutschland EU-weit ganz vorne" ja klar!), rotieren manch andere wohl im Grab, weil sich die Geschichte mal wieder wiederholt.

Einer von ihnen ist sicher Kurt Tucholsky. Und es gibt ein **Gedicht** aus dem Jahr 1930, das die momentanen Ereignisse auch heute wieder auf den Punkt trifft. Es wird fälschlicherweise immer Tucholsky untergeschoben. In Wahrheit ist das titellose Gedicht nicht von ihm, sondern von einem gewissen **Richard G. Kerschhofer**. Wie und warum es dann als Tucholsky's **Werk** ausgegeben wurde, ist noch unklar, aber ich bin mir sicher der Inhalt wäre in seinem Sinn gewesen. Und immer munter weiterrotieren...

Wenn die Börsenkurse fallen,
regt sich Kummer fast bei allen,
aber manche blühen auf:
Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Keck verhöhren diese Knaben
Dinge, die sie gar nicht haben,
treten selbst den Absturz los,
den sie brauchen - echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten
tun sie sich mit Derivativen:
Wenn Papier den Wert frisiert,
wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen,
haben Sparer nichts zu lachen,
und die Hypothek aufs Haus
heißt, Bewohner müssen raus.

Trifft's hingegen große Banken,
kommt die ganze Welt ins Wanken –
auch die Spekulantenbrut
zittert jetzt um Hab und Gut!"

Soll man das System gefährden?
Da muss eingeschritten werden:
Der Gewinn, der bleibt privat,
die Verluste kauft der Staat.

Dazu braucht der Staat Kredite,
und das bringt erneut Profite,
hat man doch in jenem Land
die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen
hat der Kleine Mann zu blechen
und - das ist das Feine ja –
nicht nur in Amerika!

Aber sollten sich die Massen
das mal nimmer bieten lassen,
ist der Ausweg längst bedacht:
Dann wird bisschen Krieg gemacht.

Autor: Nina, abgelegt in: Lyrik



Impressum

Herausgeber: GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88,
45899 Gelsenkirchen

**Redakteur
(verantwortl.):** Karl-Heinz Mrosek

**verantwortl.
i.S.d.P.:** Karl-Heinz Mrosek
GEW-Stadtverband Gelsenkirchen
Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen

Fotos: Lothar Jacksteit

Hauptschul-Inklusion

Neulich saßen der dem Autor wohlbekannte Schulleiter und ich wieder bei einem Glas Rotwein zusammen.

„Weißt du“, sagte er zu mir „ich möchte mich beim SEK bewerben.“ „Wie, willst du zur Polizei wechseln? Ist es so schlimm bei euch an den Hauptschulen?“ fragte ich zurück. „Nein, in Düsseldorf bei der Schulentwicklungskonferenz; du weißt schon, wo man alles absegnen lassen muss, was man schon macht und dann manchmal durchfällt, weil andere es besser wissen.“ „Und womit?“ Ein breites Grinsen überzog sein Gesicht: „Mit dem Kompetenzzentrum Hauptschul-Förderung-KHF!“ „Was soll das denn sein?“ wollte ich wissen. Er nahm einen Schluck Rotwein und holte aus: „Tja weißt du, ich war neulich auf so einer 10.000 Euro teuren Fortbildung ...“ „WAS? 10.000 Euro? Wer hat die denn bezahlt?“ „Der Steuerzahler: Also 150 Schulleitungen mussten 2,5 Stunden (à 20 Euro) zuhören + Fahrtzeiten + Fahrtkosten + Parkgebühren, da kommt schon was zusammen. Und da kam mir diese Idee für das Kompetenzzentrum Hauptschul-Förderung. Ich sage dir jetzt mal die Grundzüge: Irgendwie muss sich das Schulsystem ja ändern, und wenn der Landesrechnungshof in der politisch bestellten, demnächst veröffentlichten

Hauptschuluntersuchung feststellt, dass Hauptschulen zu teuer sind, dann muss man sie auflösen – wie bei den Förderschulen. Die einfachste Lösung wird sein, die Hauptschulen in die Realschulen zu „integrieren“ (die stöhnen ja jetzt schon über diese Schüler). Allerdings nutzen an einer Realschule z. B. so 3 – 4 Hauptschullehrer nichts, außer sie ruinieren den Beförderungskegel. Also gründen wir KHF's. Dort sind dann die Hauptschullehrer zusammengefasst und reisen herum – beraten, begutachten, diagnostizieren, machen ab und zu mal Teamteaching. Das bringt personalmäßig viele Vorteile. Da die Hauptschullehrer sowieso die durchschnittlich ältesten sind, kann man sie so langsam aber sicher auslaufen lassen. Ob so ein Hauptschulkind in der Realschule nun 4 oder 3 oder 2 Stunden Förderung bekommt, das ist – global betrachtet – sowieso egal, Hauptsache, man spart Geld. Und wenn sich die Realschulen dann daran gewöhnt haben, die Lehrer der Hauptschulen pensioniert sind, haben wir ein elegantes 3-Säulen-Modell. Und das bringt auch gebäudemäßig viel Ersparnis, denn auch an den Realschulen gehen die Schülerzahlen zurück, die werden dann eben wieder aufgefüllt. Und aus den Hauptschulgebäuden können die Kommunen dann ja Altersheime machen (kleiner Scherz). Gut, nicht wahr?“ Fasziniert hörte ich zu, hatte ich doch schon einmal über so ein Modell von Förderschulen gelesen. „Dann musst du jetzt aber ran und dein Konzept einreichen.“ sagte ich zu ihm. „Konzept? Was für ein Konzept?“ „Na, dein Konzept. Du hast mir doch erzählt, die Schulinspektion fragt immer zuallererst nach Konzepten.“ „Tja, mein Lieber“, sagte er, trank genüsslich einen weiteren Schluck, „du bist nicht auf der Höhe der Zeit. Ich mache das wie bei den Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung: Erst mal machen und dabei entsteht das Konzept. Frisch nach dem Motto: Der Weg ist das Ziel – und der Weg wird unterwegs gebaut.“

Und dann machten wir noch eine Flasche Rotwein auf, spannen diesen Gedanken weiter: Anschließend integrieren wir die Realschulen in die Gesamtschulen und machen KRF, dann integrieren wir die Gesamtschulen in die Gymnasien – und dann haben wir endlich die Inklusion! Alle Kinder unter einem Dach, in einer Schule, keiner ist ausgeschlossen, alle inkludiert! Und alles begann mit (hier wurde unsere Sprache etwas nuschelig) den Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung ... Da sollte noch einmal jemand an der Weisheit der vorgesetzten Dienstbehörden zweifeln ...

Johannes Suttrop
aus GEW info, Juni – August 2/2010, Gewerkschaft Erziehung
und Wissenschaft / Stadtverband Bonn, Kreisverbände
Euskirchen & Rhein-Sieg

Studie: Gewaltbereitschaft junger Moslems

Nicht zu tolerieren

An dieser Studie kommen jene nicht vorbei, die bisher behauptet haben, es gebe keinen Zusammenhang zwischen Religion und Gewaltbereitschaft junger Männer, und die sich aus falsch verstandener politischer Korrektheit empörten, wenn jemand das Gegenteil behauptete: Je gläubiger junge Moslems sind, desto gewaltbereiter sind sie. Und desto weniger Engagement zeigen sie in der Schule. Was Fachleute vermutet, viele Politiker aber nicht wahrhaben wollten, ist nun wissenschaftlich untermauert. Und muss Konsequenzen haben.

Was ist los in den Moscheen in Deutschland? Was wird gepredigt? Dem muss der Staat nachgehen. Er kann es nicht tolerieren, wenn Moslems zu verblendeten Machos herangezogen werden und eine integrationsfeindliche Lebensweise von Imamen gefördert wird – von konservativen Imamen, die zu einem großen Teil nur zeitweise aus der Türkei entsandt sind und keine Ahnung von dieser Gesellschaft haben.

Deutschland kann es sich nicht leisten, dass eine Moslem-Generation heranwächst, die meint, Frust mit den Fäusten abbauen zu können. Da muss die Bundesregierung in der Frage nach der Qualifikation der Imame die Auseinandersetzung mit der Türkei suchen. Außerdem hat Bildungsministerin Annette Schavan Recht, wenn sie das Angebot eines staatlich überwachten Islam-Unterrichts an den Schulen fordert. Dialog im Rahmen der Islam-Konferenz ist wichtig. Doch müssen Maßnahmen folgen. Es ist notwendig, jenen, deren Wurzeln im Ausland liegen, mehr Anstrengungen abzuverlangen, sich friedlich in die Gesellschaft einzufügen.

RN, 7. Juni 2010, Marcus Sauer

Gewalttätigkeit wächst mit dem Glauben

Studie zu jungen Muslimen / Erklärung setzt bei den Imamen in Deutschland an

Berlin • Eine besorgniserregende Entwicklung unter jungen Muslimen hat eine neue Studie festgestellt: Demnach wächst ihre Gewalttätigkeit mit zunehmender Bindung an den Islam. Mit der Religiosität nehme auch die Akzeptanz von Macho-

Der **Gewerkschaftstag** in Bochum vor drei Jahren hatte zum ersten Mal über das Problem von islamistischen Erscheinungen an unseren Schulen diskutiert und beschlossen, dass der Landesverband sich dieser Angelegenheit annehmen sollte.

Dies ist auch geschehen und das Referat B (Bildungs- und Erziehungswissenschaften) hat dazu verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Eine unter anderen am 2. März 2009 in Gelsenkirchen. Es ist inzwischen kein Problem mehr sich innerhalb der Gewerkschaft mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Der **Gewerkschaftstag in Duisburg** hat im Juni 2010 diesen Auftrag bekräftigt.

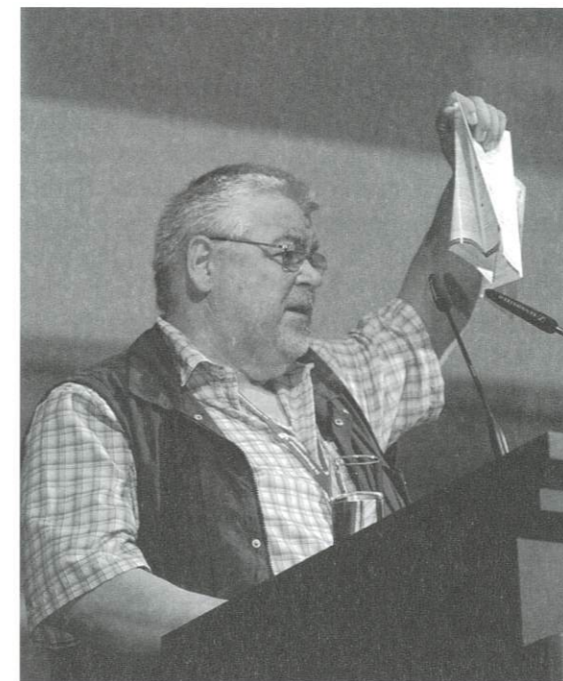


Foto: Bert Butzke

Und das ist auch gut so.

In dieser Stadtverbandszeitung möchten wir aus diesem Grund Berichte aus den Ruhr-Nachrichten dokumentieren, die unter dem Thema stehen

„Studie: Gewaltbereitschaft junger Moslems“.

Nur wenn wir dieses Problem offen und mit gewerkschaftlicher Solidarität angehen, können wir etwas ändern und können verhindern, dass faschistische Organisationen diese Diskussion alleine führen und zur ausländerfeindlichen Hetze missbrauchen.

Karl-Heinz Mrosek

kulturen und die Nutzung gewalthaltiger Medien zu. Dies geht aus dem zweiten Bericht zu einem gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesinnenministeriums und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsens (KFN) hervor, das von dem Kriminologen Christian Pfeiffer geleitet wird. Der Ergebnisbericht liegt der Nachrichtengattung dpa vor.

Als Erklärungsansatz ziehen die Autoren Befunde des türkischstämmigen Religionswissenschaftlers Rauf Ceylan heran. Dieser hatte festgestellt, dass die Mehrheit der Imame in Deutschland, also der muslimischen Geistlichen, den Rückzug in einen konservativen Islam und in die eigene Ethnie fördert. Die meisten Imame seien nur zeitweise in Deutschland, könnten kein Deutsch und keine positive Beziehung zur deutschen Kultur aufbauen.

•dpa, RN, 7. Juni 2010

Gläubig und kaum integriert

Ausländische Schüler befragt / Kriminologe Pfeiffer: „Problem der Vermittlung des Islam“

Berlin • Die Ergebnisse dürften Wirbel unter gläubigen Moslems auslösen und Wasser auf die Mühlen von Islamkritikern sein. Der Kriminologe Christian Pfeiffer stellt deshalb vorsichtshalber klar: „Ich bringe nur Fakten an den Tag.“

2007 und 2008 befragten die Wissenschaftler um Pfeiffer rund 45.000 Schüler im Alter von 14 bis 16 Jahren. Sie wollten unter anderem herausfinden, welche Rolle die Religion im Leben der jungen Menschen, vor allem von Migranten, spielt. Das Resultat: Junge, männliche Muslime sind – im Gegensatz zu christlichen Jugendlichen – umso weniger integriert und umso gewalttätiger, je gläubiger sie sind.

Von der Deutlichkeit der Ergebnisse ist Pfeiffer selbst überrascht. Er geht davon aus, dass muslimische Geistliche, die Imame, eine Rolle spielen. Er stützt sich auf Befunde des türkischstämmigen Religionswissenschaftlers Rauf Ceylan, der das Selbstverständnis und die Arbeit türkischer Imame untersucht hat. Die meisten der 2.000 Imame in Deutschland sind demnach im Ausland geprägt worden. Die Mehrheit sei konservativ und sehr autoritär geprägt. Pfeiffer glaubt, dass sie entsprechende Werte an Jugendliche vermitteln.

Ceylan selbst meint, dass es für die beobachteten Sachverhalte mehrere Ursachen gibt. „Man muss viele Faktoren zusammentragen, um dieses Phänomen wissenschaftlich-differenziert und fundiert zu erörtern“, erklärt er. Pfeiffer hält es auch für denkbar, dass die Befunde mit einem wachsenden Misstrauen von Deutschen gegenüber dem Islam seit den Anschlägen vom 11. September 2001 zusammenhängen könnten und die Jugendlichen auf dieses Misstrauen reagieren.

Junge Muslime, die sichtbar weniger religiös seien, würden wohl auch eher von Deutschen akzeptiert. Dass er selbst mit den Ergebnissen die Angst vor dem Islam schüren könnte, weist Pfeiffer vehement zurück.

Zum Erklärungsansatz seiner Studie sagt Pfeiffer: „Ich sage ausdrücklich, das ist kein Problem des Islam, sondern der Vermittlung des Islam.“

Seiner Meinung nach müssen aus den Erkenntnissen aber Konsequenzen gezogen werden: Er fordert, dass Imame in Deutschland nur arbeiten dürfen, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen, Kenntnisse der deutschen Kultur haben und die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Mann und Frau akzeptieren. Andernfalls müsse ihnen die Einreise ins Land verweigert werden. Er sieht auch die muslimischen Gemeinden in der Pflicht. „Sie müssen selbst ein Interesse daran haben, Imame zu bekommen, die in Deutschland verankert sind“, meint Pfeiffer.

•dpa, RN, 7. Juni 2010

Buchbesprechung

Inge Kloepfer • Aufstand der Unterschicht



Jascha ist der typische Risikoschüler aus der Unterschicht, welcher schließlich ohne jegliche Chance in dieser Gesellschaft auf der Straße landet. – Die Journalistin Inge Kloepfer schildert Stationen seines Lebens auf der Grundlage von Interviews. Noch eindruckvoller und überzeu-

gender sind die eingestreuten, gesellschaftskritischen Analysen der Volkswirtin Kloepfer. Sie

stellt kenntnisreich den unauflöselichen Zusammenhang zwischen Unter-, Mittel- und Oberschicht in unserer Gesellschaft dar, der in seiner Tragweite und Brisanz durchaus mit den möglichen Folgen der drohenden Klimakatastrophe zu vergleichen ist: „Das Problem der Systemverlierer ist in großen Teilen gesellschaftlich gemacht. Noch irritiert uns das nur hin und wieder. Das aber wird sich ändern. Die Verfestigung einer Unterschicht, die mit einem weltweit einzigartigen Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung einhergeht, wird zu einer Humankapitalschwäche führen, die nicht ohne gravierende Folgen für wirtschaftliche Prosperität, Wohlstand und den sozialen Frieden bleiben kann.“ Zum Schluss des Buches werden Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, die in großen Teilen mit den Vorschlägen der „AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet“ übereinstimmen.

AKU

Buchbesprechung



Muslimisch, weiblich, deutsch. Mein Leben für einen zeitgemäßen Islam.

Autorin: Lamya Kaddor M. A.



Der Islam ist Teil der deutschen Gesellschaft. Auch wenn dies viele nicht wahrhaben wollen: Weder die selbsternannten Islamkritiker noch viele Muslime selbst. Die schweigende Mehrheit lässt zu, dass Fundamentalisten sie in der Öffentlichkeit repräsentieren und dass Terror, Zwangsheirat und Ehrenmorde

das Bild vom Islam bestimmen.

Lamya Kaddor gibt den liberalen, aufgeklärten Muslimen in Deutschland eine Stimme, vor allem den Frauen, die selbstbestimmt – mit oder ohne Schleier – leben wollen, ohne ihre Religion preiszugeben.

Lamya Kaddor wuchs als Tochter frommer arabischer Einwanderer in Ahlen/Westf. auf. Sie studierte Arabistik, Islamwissenschaft, Pädagogik u. a. und unterrichtet an einer Hauptschule in Dinslaken. Ihr jüngstes Buch „Muslimisch, weiblich, deutsch“ erschien im C. H. Beck Verlag 2010

Abschlag bei vorzeitiger Pensionierung

Es hat sich in NRW diesbezüglich noch nichts geändert: Man kann nach wie vor mit 63 mit einem Abschlag von 7,2 % (bis zum 65. Lebensjahr zu berechnen) auf Antrag in den Ruhestand gehen. Dies ist bei Bundesbeamten übrigens schon nicht mehr so. In NRW wird das wohl 2011/12 im Rahmen der großen „Beamtenrechtsreform“ angepackt werden; dabei gibt es zwei Varianten:

A: Die Grenze 63 bleibt; der Abschlag wird aber schrittweise (ab Jahrgang 47) erhöht, letztlich auf 14,4 % (wahrscheinlichere Variante).

B: die 63er-Grenze hebt sich analog zu der 65er-Grenze.

Dass dies noch nicht geregelt ist, bedeutet übrigens auch, dass derjenige, der mit seiner „alten“ Regelaltersgrenze, die jetzt zu einer Antragsaltersgrenze geworden ist, auf Antrag in den Ruhestand geht, keinen Abschlag hat.

Beispiel:

Geboren 15.07.1947:

alte Regelaltersgrenze: 31.07.2012 – neue Regelaltersgrenze: 31.01.2013. Dieser Kollege kann zum 31.07.2012 auf Antrag ohne Abschlag in den Ruhestand treten – vorausgesetzt, zu diesem Zeitpunkt ist die Beamtenrechtsreform noch nicht in Kraft getreten.

Beispiel:

Geboren 15.05.1950

alte Regelaltersgrenze: 31.07.2015 – neue Regelaltersgrenze: 31.01.2016. Wenn dieser Kollege am 01.08.2010 in ATZ geht und die alte Altersgrenze als Antragsaltersgrenze und Endpunkt der ATZ wählt, hat er keinen Abschlag zu befürchten, da er mit Sicherheit die ATZ schon angetreten hat, bevor die Beamtenrechtsreform kommt – und damit Bestandsschutz hat.

Jü Go

Rechtstipps aktuell

Gewalt gegen Mitschüler rechtfertigt sofortigen Schulausschluss

Ein Gymnasiast, der einem jüdischen Mitschüler mit Missachtung und Gewalt in der Schule und mit antisemitischen Parolen vor dessen Elternhaus begegnet, darf mit sofortiger Wirkung von der Schule ausgeschlossen werden.

aus: Rechtstipps aktuell



GEW im Ruhrgebiet

Bottrop Bochum Castrop –
Rauxel Dorsten/ Haltern/ Marl
Dortmund Duisburg Essen
Gelsenkirchen Gladbeck Hagen
Hamm Herne Herten Mülheim
Oberhausen Recklinghausen
Witten

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft AG Masterplan Bildung Ruhrgebiet

Essener Str. 88
45899 Gelsenkirchen

<http://www.masterplan-bildung.de/>

Juni 2010

Ruhrgebiet: Modellregion für Bildung und Frühförderung - Paradigmenwechsel von der Intervention zur Prävention -

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit dem Symposium vom 1. März 2010 im Plenarsaal des Regionalverband Ruhrgebiet fand unsere auf 2006 bis 2010 hin angelegte Arbeitsgruppe einen sehr erfolgreichen Abschluss (NDS 4/2010).

Wir legen Euch den Kassenbericht 2009/ 2010 vor, und bedanken uns sehr herzlich bei denjenigen, die das interdisziplinäre Projekt zur Bekämpfung von Bildungs- und Kinderarmut im Ruhrgebiet mit Sympathie und Aufgeschlossenheit sowie auch finanziell unterstützt haben.

Die Dokumentation des Symposium ist bereits zu einem Teil auf unserer Homepage eingestellt. Dies sollte bis zum Gewerkschaftstag in Duisburg (17. – 19.06. 2010) abgeschlossen sein. Vorab erhaltet Ihr als Anlage das Schlusswort der Veranstaltung vom 1. März, in dem unser Anliegen noch einmal präzise formuliert ist.

Wir beschränken uns auf drei Bemerkungen zur Bilanz unserer Arbeit:

1. Das **Memorandum Kinderarmut** von DGB, GEW, AWO, DKSB und Parität erhebt politische Forderungen zur präventiven Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems durch eine Förderkette von null bis zehn (August 2009).

2. Es existiert ein **Bericht über das Bildungswesen in der Metropole Ruhr** (Dezember 2009). In einem nächsten Schritt wird das Ruhrparlament am 21. Juni über die Thematik und den Fortgang des Verfahrens beraten. Hier müssen allerdings auf dem politischen Parkett „die Hunde weiter zum Jagen getragen werden“.
3. Die AG Masterplan hat Entscheidungsträger der Region in den letzten Jahren vielfach **angeschrieben** und aufgesucht. Es gibt durchaus Erfolge: Der Regionalverband Ruhr, die Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr GmbH und das Parlament des RVR haben eine „Bildungsregion Ruhr 2018“ als Ziel ins Auge gefasst.

Wir werden diesen regionalen Prozess mit weniger Aufwand als bisher begleiten und versuchen, die bestehende und demnächst neue **Beschlusslage der GEW NRW** zu sozialer Spaltung, Bildungsgerechtigkeit, Zukunftsinvestitionen, Kommunal Finanzen, ... weiter mit Leben zu füllen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Keining (GEW Bottrop) Alfons Kunze (GEW Gelsenkirchen) Norbert Müller Dr. (GEW NRW)

Brigitte Schumann (Mitglied GEW Mülheim) Gerd Weidemann (GEW Gelsenkirchen) Lothar Jacksteit

Türkischer Schulgründer mit gefährlicher Ideologie

Serap Cileli: Gülen-Sekte umstritten – Kritiker prangern „osmanische Empathie“ der türkischen Schulbewegung an

München – Der türkische Ministerpräsident Erdogan (AKP) fordert massiv türkische Schulen in Deutschland. Was er damit meinen könnte, zeigt ein Blick auf die undurchsichtige Bewegung des türkischen Islamisten Fethullah Gülen, die in Deutschland mehrere türkische Schulen unterhält. Kritiker fürchten, dort werde die türkisch-islamistische Elite von morgen herangezogen. Wolf-ram Göll befragte dazu die Menschenrechtlerin Serap Cileli.

Bayernkurier: Wie müssen wir uns das Imperium und die Strategie von Gülen vorstellen?

Serap Cileli: „Unser großer Dschihad ist die Bildung“, lautet Fethullah Gülen's Botschaft. Er gibt sich gern als besonnener, harmoniebedürftiger Geistlicher. Seine Anhänger nennen ihn Hodscha-Efendi. Allein in der Türkei sollen ihm sechs Millionen Menschen folgen. Die heute extrem einflussreiche Gülen-Bewegung wurde in den 1970er Jahren gegründet und gründete zahlreiche Schulen, Universitäten, Sozialeinrichtungen, Studentenheime, Kulturzentren oder Wirtschaftsunternehmen in mehr als 50 Ländern, auch in Deutschland. Eng verbunden damit ist die Nurcu-Bruderschaft. Außerdem gehören dazu zahlreiche Medien, allein in der Türkei über 20 Radiostationen, dazu TV-Sender und Zeitungen. Der Wert des Gülen-Imperiums wird auf 26 Milliarden Dollar geschätzt.

Bayernkurier: Wie können wir ihn ideologisch einordnen? Gehört er zur türkisch-islamistischen Richtung der AKP?

Cileli: Die Gülen-Gemeinde unterstützt die islamisch-konservative Regierungspartei AKP. Sowohl die AKP-Oligarchie als auch die Gülen-Sekte haben eine Empathie für die osmanische Ideologie. In Gülen-Schulen in der Türkei wie im Ausland wird weltweit die türkisch-islamische Synthese verbreitet und gelehrt. Der türkische Staatspräsident Gül lobt die Aktivitäten der Gemeinde Gülen's und hält Reden zur Eröffnung der Gülen-Schulen, aktuell in Bangladesch. Zu Recht wurden jedoch in Russland oder in Usbekistan die Gülen-Schulen geschlossen und alle Aktivitäten der Nurcu-Bruderschaft verboten. Das staatliche usbekische Fernsehen beschuldigte die Gülen-Sekte so-

gar, durch die Verbreitung pantürkischer Propaganda die usbekische Kultur zu zerstören.

Bayernkurier: Welche Ziele verfolgt Gülen?

Cileli: Gülen lebt seit mehreren Jahren im selbstgewählten Exil in den USA und wird streng vom FBI bewacht. 1996/97 leitete die türkische Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ein. Es hieß, Gülen beabsichtige die Beseitigung der demokratisch-laizistischen Türkei und strebe die Errichtung eines theokratischen Staates auf religiöser Grundlage an. Und genau diesen Aspekt dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, auch wenn Gülen im Westen als jemand gilt, der islamische Lehren mit liberalen Ideen verbindet und den interreligiösen Dialog propagiert – als „gemäßigter Islamist“ mit seinen tränenreichen „Toleranz- und Friedensbotschaften“. Der Schein trügt. Die Gülen-Bewegung ist eine Glaubensgemeinschaft mit missionarischen Zwecken.

Bayernkurier: Wie aktiv ist die Bewegung in Deutschland?

Cileli: Es gibt rund 150 Nachhilfe-Institute und zwölf Schulen in Deutschland, die der Gülen-Gemeinde angehören oder ihr nahe stehen. Demnächst soll im schwäbischen Jettingen-Scheppach die erste Gülen-Schule mit Internat erbaut werden.

Bayernkurier: Warum ist die Gülen-Bewegung Ihrer Kenntnis nach eine Gefahr?

Cileli: Selbst der kemalistischen Elite der Türkei ist die Gülen-Gemeinde ein Dorn im Auge. Ein Wolf im Schafspelz. Kurz nach Gründung der türkischen Republik 1925 wurden die Tarikats, Bruderschaften oder Orden, verboten. Alle Orden halten an dem Leben nach den Regeln der Scharia fest, das religiöse Gesetz, das auf dem Koran basiert und unbedingt zu befolgen ist. Die Nurcu-Bruderschaft geht dieses Ziel langfristig an und kontrolliert mittlerweile in staatlichen türkischen Institutionen Schlüsselpositionen.

Bayernkurier: In Dialogforen, wie kürzlich in Nymphenburg, präsentieren sich die Gülen-Leute immer als Brückenbauer zwischen Islam und dem Westen. Gehen die Deutschen damit einer Täuschung auf den Leim?

Cileli: Gleichgültigkeit und Unwissenheit der Deutschen über die Gülen-Bewegung werden zu fatalen Folgen führen. Die Organisation ist sehr verschachtelt. Es ist sehr wichtig, sich mit ihr gründlich zu beschäftigen und die Ziele des Netz-

werks nicht zu unterschätzen. Wir wissen nicht genau, was in den Bildungszentren passiert, das ist eine verschlossene Welt. Inwiefern die Behauptungen über Gülen der Wahrheit entsprechen, bleibt in absehbarer Zeit im Verborgenen. Belastbare Erkenntnisse über Gülen-Schulen liegen laut Verfassungsschutz nicht vor.

aus: BAYERNKURIER, 3. April 2010

Neue Stufe
Höhere Gewerkschaft
Erlebung und Wissenschaft
ht
irz 2010

Wir haben mehrfach berichtet. Die Gewerkschaften (ver.di, GEW usw.) haben 2009 für die Tarifbeschäftigten der Länder einen neuen Tarifvertrag erstritten. Die GEW hat erreicht, dass dieses Tarifergebnis zeit- und inhalts-gleich auch auf alle beamteten Lehrkräfte und unsere Pensionär/innen übertragen wird.

Deshalb wurden die Gehälter ab 1. März 2010 um 1,2 % erhöht. es ist nicht ohne weiteres möglich, dies bei den Pensionen nachzurechnen, denn die neuen Gehaltstabellen sowie die Familienzuschläge gelten nur für aktive Landesbeamt/innen. Die Bezüge der Versorgungsempfänger/innen sind etwas geringer. Dafür sorgen zwei Kürzungsmechanismen, mit denen die Staatskasse auf Kosten der Ruhestands beamten geschont wird:

- Seit der Föderalismusreform ist nicht mehr der Bund, sondern das Land für die Besoldung der Landesbeamten zuständig. Das Land hat 2008 die bisherige Sonderzuwendung (das frühere „Weihnachtsgeld“) seiner Landesbeamten auf 50 % gekürzt und sie zugleich in das Grundgehalt integriert.

Bei den Pensionärinnen und Pensionären und Pensionären hat man stärker zugeschlagen: Deren „Sonderzuwendung“ wurde auf 30 % abgesenkt. Zur Ermittlung der Versorgungsbezüge müssen deshalb die Tabellenwerte der aktiven Beamten im Regelfall mit 0,984 multipliziert werden.

Mr.

GEW-Geschäftsstelle:

Essener Straße 88
45899 Gelsenkirchen
Tel.: 0209 513759
Fax: 0209 514207

Homepage: www.gew-gelsenkirchen.de
E-Mail: gew-ge@gmx.de

Öffnungszeiten:

Montag und Donnerstag: 09:00 – 12:00 Uhr
Dienstag und Mittwoch: 15:00 – 18:00 Uhr

Inhalt:

	Seite
Auf ein Wort	2
Rede von D. Josef Hülsdünker am 04.05.2010	3
Grußwort zum 04.05. 2010 Grundschule Brüser	
Berg aus Bonn	5
Krake Bertelsmann	6
L-ego-Verhandlungen auf Messers Schneide	9
Old Bäumerhand – der Schrecken der Demokratie oder: Wer war eigentlich diese „Gertrud Bäumer“	10
Feuilleton: Noch ein Gedicht zur Finanzkrise	11
Impressum	12
Hauptschul-Inklusion	12
Gewerkschaftstag in Duisburg	13
Studie: Gewaltbereitschaft junger Moslems	13
Gewalttätigkeit wächst mit dem Glauben	13
Gläubig und kaum integriert	14
Buchbesprechung – Aufstand der Unterschicht	14
Buchbesprechung – Muslimisch, weiblich, deutsch	15
Abschlag bei vorzeitiger Pensionierung	15
Rechtstipp	15
Masterplan Bildung	16
Türkischer Schulgründer mit gefährlicher Ideologie	17
Höhere Pensionen ab 01.03.2010	18
Öffnungszeiten	18
Inhalt	18
Rechtstipp	18
Bilder Gewerkschaftstag	19
Vorankündigung: Jubilarehrung	20

Rechtstipps aktuell

Privates Musikkopieren bleibt erlaubt

Das Bundesverfassungsgericht hat die Musikindustrie abblitzen lassen. Diese hatte versucht, eine Regelung im Urheberrechtsgesetz anzugreifen, wonach Digitalkopien von Tonträgern für den Privatgebrauch zulässig sind.

Internetfallen: Abmahn-Anwälte machen sich schadensersatzpflichtig

Wer in eine Internetfalle tappt, von einem Anwalt abgemahnt wird und sich dagegen zur Wehr setzt, kann aufatmen. Er bekommt die Kosten ersetzt, die notwendig sind, um solche **unberechtigten Ansprüche** abzuwenden. Die anwaltliche Geltendmachung solcher Forderungen stellt Beihilfe zu einem versuchten Betrug dar. Deshalb macht sich der Abmahn-Anwalt schadensersatzpflichtig.

aus: Rechtstipps aktuell



... und der Kampf geht weiter ...

